



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21881-83

Fernschreiber 0866090

Z/NV/182 - 12. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeiler:</u>
1 - 2	<u>Parlament bleibt ausgeschaltet</u> Nach dem Treffen Macmillan - Adenauer	55
2	<u>Klare Antwort</u> USA und Öster-Reise-Linie	23
3	<u>Bleibt es beim gesamtdeutschen Sport?</u> Eine Frage, die nach der "Olympiade" spruchreif wird	46
4	<u>Völlige Ungewissheit in Laos</u> Fallschirmjäger-Putsch mit unklarer politischer Zielsetzung	42
5	<u>Technischer JEO-Beistand hat sich bewährt</u> Beachtliche Leistungen mit geringen Mitteln Von Bruno Kuster, Genf	48
6 - 7	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten	
	<u>Wanne-Bickel - Stadt der Steinkohle</u> Von Oberbürgermeister Edmund Weber	89

\* \* \*

\* \* \*

### Parlament bleibt ausgeschaltet

Nach dem Treffen Macmillan-Adenauer

sp - Das Rätselraten über das Ergebnis der Unterhaltungen Adenauers mit de Gaulle ist jetzt erweitert worden auf das Treffen Adenauer-Macmillan. Je nach dem Standort des Betrachters wird von angeblichen Erfolgen gesprochen und geschrieben, wobei im Grunde genommen fast alle Äußerungen und Kommentare mehr oder weniger auf Vermutungen beruhen.

Das ist nicht gut; hierdurch entsteht - besonders in der Bundesrepublik - eine Situation, in der den Spekulationen und der Geheimniskrämerei Tür und Tor geöffnet werden. Schon fragt man sich allenthalben, wer mit wem gespielt haben mag, und welche Perspektiven sich nunmehr tatsächlich für eine konstruktive europäische Politik ergeben, die den seit Monaten anhaltenden Konflikt zwischen den EWG- und EFTA-Staaten aus der Welt schaffen könnte.

Urteilt man nach den Presse-Beho in Großbritannien, dann hat Macmillan in Bonn einen großartigen Sieg über die Kleinsuropäer davongetragen. In Westdeutschland dagegen wird die hervorragende Leistung des Kleinsuropäers Adenauer bewundert, die darin bestehen soll, die britischen Bedenken gegen eine konzentrierte Europapolitik auszuräumen.

Aber wer auch immer in diesem Spiel der Vermutungen und Kombinationen recht haben mag - eines steht fest:

Der Bundestag, seine für die europäischen Fragen zuständigen Ausschüsse, aber auch diejenigen Bundestagsangeordneten, die aktiv in den europäischen Gremien mitarbeiten, sind bis jetzt offiziell weder über das Ergebnis von Rambouillet noch über das der Unterredungen zwischen Macmillan und Adenauer unterrichtet worden.

Dr. Adenauer hat die frei gewählte Volksvertretung ausgeschaltet und ihr dadurch die Möglichkeit genommen, beratend an der Gestaltung der europäischen Politik mitzuwirken.

Kein vernünftiger Mensch wird verlangen, daß Dr. Adenauer - gewissermaßen auf dem "offenen Markt" - alle seine Pläne verkündet. Außerdem weiß man zur Genüge, daß er die "einsamen Entschlüsse" liebt. Aber was in den letzten Wochen innen- und außenpolitisch unter Ausschaltung des Parlaments geschehen ist, geht zu weit. Mit dem Fernsehcoup am Anfang der Parlamentsferien begann es. Mit der vagen Ankündigung, daß der Bundeshaushalt für 1961 um fast drei Milliarden DM "überzogen" werden soll, wurde die "Politik der vollonten Tatsachen" fortgesetzt. Das Treffen de Gaulle-Adenauer und die Besprechungen zwischen ihm und Macmillan ohne sachgemäße Information der zuständigen Parlamentsgremien sind ein weiterer Akt zur Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik.

12. August 1950

Es dürfte schwer sein, irgendeinen Abgeordneten begründlich zu machen, daß er - ohne sein Ansehen als Parlamentarier zu schädigen - den Bürgern in seinem Wahlkreis gegebenenfalls sagen muß: "Ich habe keine Ahnung von dem, was da in Bonn geschieht". Wenn er ehrlich ist, muß er das aber sagen und damit zugleich notgedrungen das Vertrauen der Wähler zum demokratischen Staat erschüttern.

Die Parlamentsferien sind bald zu Ende. Der Bundestag hat bis zum Abschluß der Legislaturperiode noch 155 Gesetzesvorlagen zu bearbeiten. Wenn er auch nur annähernd seine Pflicht erfüllen will, ist er schon mit der Bewältigung dieser Aufgabe hinreichend beschäftigt. Die großen politischen Tatsachen, die Adenauer selbstherrlich schafft, und bei denen es um möglicherweise die deutsche Politik für viele Jahre festlegende Entscheidungen geht, entwickeln sich außerhalb der Kontrolle des Parlaments. Hier ist das Kriterium für die Widerstandsfähigkeit der Demokratie gegenüber allen totalitären Bestrebungen.

+ + +

#### Klare Antwort

sy - Mit bemerkenswerter Klarheit hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Anfrage Polens vom 20. Juli über die Haltung der USA zur Oder/Weiß-Ärnie und zur Bundesrepublik beantwortet. Wörtlich heißt es:

"Die Haltung der USA-Regierung in dieser Frage ist unverändert. Für eine Friedensregelung, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen soll, ist ganz klar Voraussetzung die Wiedererrichtung einer repräsentativen und verantwortlichen deutschen Regierung, die in der Lage ist, einen Friedensvertrag im Auftrage des ganzen deutschen Volkes auszuhandeln und abzuschließen und auch die Erfüllung eines solchen Vertrages zu gewährleisten".

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt die unmißverständliche Stellungnahme der USA-Regierung, da hierdurch - nicht nur in Polen - anderslautende Vermutungen ausgeräumt werden, die in letzter Zeit gelegentlich in der angelsächsischen und auch französischen Presse zum Ausdruck kamen. In der USA-Note wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß laut Potsdamer Abkommen von 1945 die endgültige Grenzziehung im Westen Polens bis zur Friedensregelung warten müsse. Daß diese Regelung die Interessen aller berücksichtigen soll und nach den Vorstellungen des deutschen Volkes nur auf friedlichem Wege anzustreben ist, gilt als Selbstverständlichkeit.

+ + +

### Bleibt es beim gesamtdeutschen Sport ?

sp - Das monatelange Ringen um die Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft für die Olympischen Spiele in Rom ist nun vorüber. Allen Schwierigkeiten zum Trotz wird, wenn die Spiele beginnen, nur eine deutsche Mannschaft in das Stadion marschieren. Der Sport hat der Spaltung Deutschlands widerstanden.

Diese Feststellung macht eine zweite nötig: Daß sich die Führer des westdeutschen Sports hochverdient gemacht haben, als sie sich durch mancherlei Pläne östlicher und westlicher Kreise nicht in ihren Entschluß beirren ließen, wenigstens den Sport dem Elend der deutschen Teilung zu entziehen. Sie verdienen aufrichtigen Dank.

Wenn die Spiele in Rom vorüber sein werden, wird auch im Sport wieder der Alltag beginnen. Es werden wieder die Probleme auftreten, die erstmals den gesamtdeutschen Sport belasteten, als es den Machthabern in Ostberlin gefiel, ein neues "Staatswappen" einzuführen, das zu zeigen den sowjetzonalen Sportlern zur Pflicht gemacht wurde. Solange es um olympische Ausscheidungen ging, blieb diese Frage von untergeordneter Bedeutung, weil es nicht zu einer gesamtdeutschen Mannschaft gekommen wäre, hätte man in der Bundesrepublik die Darstellung des Zonen-Emblems generell und grundsätzlich unterbunden. Nun aber, so hat die Bundesregierung zu verstehen gegeben, werde man sich dieser Frage ernsthaft annehmen müssen.

Würde man das Zeigen des Zonen-Emblems verbieten, dann wären die Folgen klar: der gesamtdeutsche Sportverkehr - der nach den Angaben des Sportbund-Präsidenten Laune an jedem Wochenende rund 2000 sowjetzonale Sportler nach Westdeutschland und 2000 westdeutsche Sportler in die Zone führt - würde aufhören und diejenigen würden frohlocken, die etwas dagegen haben, daß es noch so bedeutende menschliche Kontakte über die Zonengrenze hinweg gibt.

Es kann kaum eine Diskussion darüber geben, daß die Spalterfahne der Kommunisten eine Provokation ist. Schwerlich wird sich in der Bundesrepublik jemand finden, der diese Ansicht aufgibt. Andererseits aber kann man durchaus - wie das offenbar auch von Präsident Laune empfohlen wird - die Miniaturwappen auf den Jerseys der Zonensportler übersehen, wenn schon, aus höchst durchsichtigen Gründen, die Zonengewaltigen darauf bestehen, daß jeder Sportler aus der Zone, der in die Bundesrepublik kommt, das Wappen auf seiner Sportkleidung tragen muß. Das Stoffabzeichen mit Hammer und Sichel ist sechs Zentimeter groß. Ein striktes Verbot, dieses Zeichen zu tragen, würde Tausende junger Menschen treffen, die heute nach dem Weg zu ihren Sportkameraden im Westen suchen - und auch finden.

Deshalb sollte diese Frage in der Bundesrepublik souverän und geräuschlos geklärt werden, und die Bundesregierung sollte nicht verfehlen, sich bei Zeiten des Rates aller zu versichern, die zu diesem Problem ein Wort zu sagen haben. Der gesamtdeutsche Sport kann, wenn das geschieht, weiter eine gute Chance haben, jenseits der Tagespolitik junge Menschen aus beiden Teile Deutschlands zusammenzuführen. Nur darum aber kann es gehen.

### Wellige Ungewissheit in Laos

B.D. Der Putsch des jungen laotischen Fallschirmjäger-Hauptmanns Kong Le und die Besetzung der Verwaltungshauptstadt Vientiane hat erneut der Welt gezeigt, wie labil die innenpolitischen Verhältnisse in diesem südostasiatischen Land sind. Vor Jahresfrist waren es die Meldungen über drohende kommunistische Einfälle aus dem benachbarten Nordvietnam, welche die westlichen Regierungen beunruhigten. Erst die Intervention des UNO-Generalsekretärs konnte die Zwischenfälle beenden, die zudem auch von Seiten der damaligen laotischen Regierung aus eigentlichen Gründen aufgebauscht worden waren.

Zur Stunde ist die Lage im Lande völlig unübersichtlich. Während Kong Le versucht, seine Macht in Vientiane zu konsolidieren, behaupten Mitglieder der nach dem Königssitz Luang Prabang geflüchteten Restregierung, das Gros der Truppen stünde loyal hinter ihnen. Da die Regenfälle die Verbindung zwischen den beiden Städten unterbrochen haben, lässt sich nur sehr schwer absehen, wer wen besiegt hat oder besiegen wird.

Die gleiche Ungewissheit stellt sich auch bei der Betrachtung der Erklärungen Kong Les über den zukünftigen Kurs seiner Politik ein. Die Forderung nach dem sofortigen Abzug der amerikanischen und französischen Militärmissionen und die Erklärung der "striktsten Neutralität" hat bei den Vereinigten Staaten beträchtliche Unruhe hervorgerufen, da man in Washington darin eine Abkehr vom "pro-westlichen" Kurs Laos zu erblicken glaubt. Wie man weiss, erstreckt sich die Sicherheitsgarantie des Südostasiatischen Verteidigungspaktes (SEATO) auch auf Laos, dem nach Auffassung der westlichen Strategen eine grosse Bedeutung bei der Verteidigung der westlichen Positionen im Falle kommunistischer Invasionen zukommt. Alternativend musste auf den ersten Blick die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Kong Le und dem Prinzen Souvanna Phouma wirken, da letzterer ein Bruder und enger Mitarbeiter des Prinzen Souvanna Vong, des Führers der kommunistischen Patket Lao ist. Selbst wenn man weiss, dass der Vetter des Putschisten Kong Le, Sithone Kinsdam, kommunistische Partisanenverbände kommandierte, sollte man den Fallschirmjäger-Hauptmann nicht einfach als "Kommunisten" bezeichnen, denn in Laos liegen die Verhältnisse anders als in anderen Staaten. Die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen sind fließend, und persönlicher Ehrgeiz und Machtwillen überwiegen die Ideologie. Denn wie wäre es sonst möglich, dass Mitglieder von extrem antikommunistischen Gruppen sich gleichfalls den Putschisten angeschlossen haben, wie z.B. General Amkha.

Deshalb wäre es gut, wenn der Westen trotz verständlicher Sorge die Ereignisse mit Ruhe betrachtet, und sich nicht zu Fehlschlüssen verleiten lässt, die grössere Folgen haben dürften als der Putsch Kong Les.

Technischer UNO-Beistand hat sich bewährt

Von Bruno Kuster, Genf

Mit einem Betrag von 30 Millionen Dollars, die in vergangenen Jahr dem Erweiterten Programm der technischen Hilfe zur Verfügung gestellt worden waren, wurden Ergebnisse erzielt, die den Einsatz um das Mehrfache übertreffen. Dank der Einführung neuer Weizensorten, die auf einem Sechstel der für den Anbau von Getreide bestimmten Fläche ausgesät wurden, konnte Jugoslawien erstmals seit dem Kriege auf die Einfuhr von Weizen verzichten. Guatemala erzeugt heute genügend Baumwolle, um seinen eigenen Bedarf decken und erstmalig noch exportieren zu können. Der Hafen von Akaba in Jordanien konnte dank umfassender Modernisierungsarbeiten seinen Umschlag vervielfachen. In Ceylon wurde die Leitung des neuen Forschungs- und Industrieministeriums einheimischen Kräften übertragen. Diese wenigen, zufällig herausgegriffenen Beispiele illustrieren besonders anschaulich das "Schneeballprinzip," das heisst, wie mit verhältnismässig geringen, aber zweckmässig verwendeten Mitteln bedeutende Entwicklungen in Bewegung gebracht werden können, die dann aus eigener Kraft weiterwachsen. Insgesamt waren 2291 Experten aus 64 Ländern an der Arbeit; 2107 Stipendien - 20 Prozent mehr als im Vorjahr - wurden vergeben.

Obwohl am letztjährigen Programm infolge geringerer Zuwendungen einige bedeutsame Abstriche vorgenommen werden mussten, konnte die Hilfe an Afrika und insbesondere an die noch Staaten verstärkt werden. Die Verwaltung der technischen Hilfe gewährte zudem aus dem Notfonds Beiträge an Guinea, Togo, den Sudan, Marokko und Tunesien, die im Jahresbudget nicht vorgesehen waren. Damit konnte wenigstens in bescheidenem Rahmen ein Beistand gewährt werden, der das Problem der Hilfeleistung in gewissen Masse entpolitisierte. Es wäre nur zu wünschen, daß der UNO bedeutendere Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre besondere Rolle als uneigennützig Helferin noch wirksamer spielen kann.

Die Aussichten für das laufende Jahr sind recht günstig, erreichen doch die in Aussicht gestellten Zuwendungen für die technische Hilfe die Rekordsumme von 35,4 Millionen Dollars, was eine Steigerung der Tätigkeit um drei Prozent ermöglichen wird. Allerdings ist man damit doch noch weit von einem Jahresbudget von 50 Millionen Dollars entfernt, das als unerlässlich betrachtet wird. Die guten Ergebnisse der technischen Hilfe der UNO berechtigen aber zur Hoffnung, daß die Regierungen ihre Beiträge von Jahr zu Jahr steigern werden.

Von grosser grundsätzlicher Bedeutung ist die im letzten Jahr verzeichnete Zunahme der technischen Hilfe gegen Bezahlung, die von 20 Ländern und Territorien in Betrag von 2,5 Millionen Dollars in Anspruch genommen wurde. Das heisst, dass immer mehr Länder die UNO um technischen Beistand ersuchen, aber bereit und fähig sind, dessen gesamte Kosten selbst zu tragen. Somit verstärkt sich die Tendenz in der Richtung auf einen weltweiten technischen Erfahrungsaustausch, der den vielleicht etwas anrüchigen Hilfscharakter allmählich in den Hintergrund treten lässt. In diesem Zusammenhang ist auch bezeichnend, dass ein Viertel aller UNO-Experten aus Ländern stammt, die selbst technischen Beistand empfangen.

+ + +

12. August 1960

Wanne-Bickel - Stadt der Steinkohle

Von Oberbürgermeister Edmund Weber

Im Herzen des Ruhrgebietes gelegen, eingegrenzt von den Nachbarstädten Selsenkirchen, Wattenscheid, Bochum, Herne und Recklinghausen, lebt Wanne-Bickel fast nur vom Steinkohlenbergbau. Dieses kommunale Gemeinwesen, dem am 1. April 1926 Stadtrechte verliehen wurden, hat, wie die meisten Ruhrgebietsstädte, während des Krieges schwere Schäden erlitten. 42 Prozent der Stadt wurde total zerstört, alles andere zum Teil schwer, mittel oder leicht beschädigt. Die Bevölkerungszahl von rund 87 000 im Jahre 1933 war bei Kriegsende auf 44 000 zurückgegangen. Ein großer Teil verließ infolge der Kriegsereignisse freiwillig die Heimatstadt.

Vor Ausbruch des Krieges waren ca. 25 000 Wohnungseinheiten vorhanden, am Ende des Krieges nur noch 15 000. Diese Zahlen lassen erkennen, daß es mit Beginn des Wiederaufbaues eine der dringlichsten Aufgaben war, Wohnungen zu bauen, um allen Menschen wieder ein Dach über dem Kopf zu erstellen. Es hat gewaltiger Anstrengungen nach 1948 bedurft; die Zahl der Wohnungseinheiten ist bis heute auf 32 500 gestiegen. Dieser Zahl gegenüber steht jedoch ein Anwachsen der Bevölkerung auf 137 000. Darin enthalten sind ungefähr 20 Prozent Flüchtlinge und Vertriebene. Um die Wohnbedürfnisse unserer Einwohner befriedigen zu können, müßte die Zahl der jetzt vorhandenen Wohnungseinheiten um mindestens 10 Prozent erhöht werden. Daraus ergibt sich, daß der Wohnungsbau immer noch eine der wichtigsten Aufgaben ist. Die Leistungen des Bundes und des Landes reichen bei weitem nicht aus, um diese Lücke zu schließen. Um den privaten Wohnungsbau anzukurbeln, verleiht die Stadt neuerdings, auf Initiative der SPD-Fraktion, zinsgünstige Darlehen, insbesondere für den Wohnungsbau für kinderreiche, obdachlose und junge Familien.

Das bisher vom Wohnungsbau Gesagte gilt auch für die Erstellung von Schulen. Bei Ausbruch des Krieges waren 28 Schulen vorhanden, davon waren 1945 nur noch 9 gebrauchsfähig. Durch Instandsetzung und Neubau beträgt die Zahl der Schulen heute 26. Zusätzlich wurde eine Berufs- und Berufsfachschule sowie eine Realschule neu gebaut. Das den Anforderungen nicht mehr gerecht werdende Königsberggymnasium wird zurzeit erweitert bzw. neu erstellt. Außerdem ist in Kürze eine Erweiterung des Jungensgymnasiums vorgesehen, da dasselbe in seiner jetzigen Gestaltung nicht mehr ausreicht.

Der Rat der Stadt hat sich in den zurückliegenden Jahren auch sehr intensiv mit der Erstellung von Einrichtungen beschäftigt, die der Jugend dienen. Die Zahl der Kinderspielplätze wurde von 10 auf rund 30 erhöht.

Außerdem wurden geschaffen: Kindergärten, Kinderheime, Jugendbera-  
tungstellen, Jugendverkehrsgärten, Jugendheime, Sportplätze und auch  
eine Minigolf-Anlage schon nicht. Dazu wird ein städtisches Kinder-  
heim auf Worderney unterhalten, in dem sich das ganze Jahr hindurch  
Kinder unserer Stadt an der Nordseeküste erholen können. Neuland wird  
betreten mit dem Bau eines Schulkindergartens, der voraussichtlich  
am Jahresende fertig sein wird; vorgesehen sind weitere in den ver-  
schiedenen Stadtteilen. Ziel dieser Einrichtungen ist, die Zahl der  
Hilfsschüler auf ein Minimum herabzudrücken.

Es ist zu wenig bekannt, daß Wanne-Eickel "Die Badestadt des  
Ruhrgebietes" ist. Das nach völliger Zerstörung neu aufgebaute und mit  
allen modernen Einrichtungen versehenes Sol- und Thermalbad rechtfertigt  
diese Bezeichnung. In Anspruch genommen werden in erster Linie diese  
Badeinrichtungen von der schwer arbeitenden heimischen Bevölkerung;  
sie dienen damit der fürsorglichen Betreuung zur Gesunderhaltung der  
hier lebenden Menschen. In unmittelbarer Nähe des Solbades liegt ein  
Hallenbad, welches ebenfalls vor einigen Jahren vollkommen neu gebaut  
wurde. Geplant ist außerdem der Bau eines Freibades. - Daß der Rat  
der Stadt bei all' seinen Aufgaben auch die Fürsorge für die alten  
Menschen nicht vergißt, beweist ein im vorigen Jahr übergebenes, groß-  
zügig ausgestattetes Altersheim mit 130 Betten.

Die Erkenntnis, daß die schwer arbeitenden Menschen als Ausgleich  
kulturelle Einrichtungen benötigen, hat uns veranlaßt, auf diesem Ge-  
biet ebenfalls manches zu tun. Der durch den Krieg zerstörte Stadt-  
Spalbau für kulturelle Veranstaltungen wurde bereits im Jahre  
1957 wieder aufgebaut. Seit einigen Monaten steht der Bevölkerung,  
besonders für Veranstaltungen der Vereine, ein modernes, großzügig  
ausgebautes Volkshaus zur Verfügung. Es wurde in jedem Stadtteil eine  
Stadt Bücherei eingerichtet; geplant ist außerdem der Bau einer  
neuen Hauptstelle der Stadt Volkshaus, sowie der Bau eines Volks-  
hochschulheimes.

Kun noch einige Worte zu den Verkehrsproblemen. Wanne-Eickel ist  
mit über 5 000 Menschen auf 1 qkm die am dichtesten besiedelte Stadt  
der Bundesrepublik. Die Lösung der Verkehrsprobleme brennt uns förmlich  
auf den Nägeln. Eine ganze Reihe von Straßen und Kreuzungen sind bereits  
ausgebaut und umgestaltet worden. Augenblicklich wird der Bahnhofs-  
vorplatz großzügig ausgebaut und umgeformt. Bei Betrachtung all' der auf-  
gezählten Leistungen muß man bedenken, daß Wanne-Eickel zu den steuer-  
schwächsten Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen gehört. Es ist  
wohl eine alte Binsenweisheit, daß jedem Ausbau- und Gestaltungswillen  
in erster Linie durch die vorhandenen finanziellen Mittel die Grenzen  
gesteckt werden.

Die hier angeführten Leistungen in den zurückliegenden Jahren stel-  
len nur einen Teilschnitt aus dem wirklich Geschehenen dar. Sie sind  
aber besonders zu würdigen, da die Stadt neben der finanzpolitischen  
Not auch schwierige Probleme zu lösen hat, die sich aus der Enge ihres  
Raumes mit einer außergewöhnlich dichten Bevölkerungszahl ergeben. Es  
muß dankbar registriert werden, daß die Einwohner der Stadt diese  
Leistungen anerkennen; sie wissen, daß diese Maßnahmen von einem  
Stadtparlament durchgeführt wurden, das seit 1948 von sozialdemokrati-  
schen Kommunalpolitikern geführt wird. Der Beweis für die Richtigkeit  
dieser Behauptung ist zu ersehen in der von Wahl zu Wahl gestiegenen  
Zahl sozialdemokratischer Stimmen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschffel